

Die große Flaute



IW-Konjunkturprognose. Die Energiekrise und geopolitische Risiken sorgen dafür, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland stockt. So geht die IW-Konjunkturprognose für 2023 nur von einem Mini-BIP-Wachstum von $\frac{1}{4}$ Prozent aus. Auch der Welthandel dürfte mit einem Plus von 1 Prozent in diesem Jahr nur moderat zulegen. All das erschwert es, dringende Investitionen – etwa für die ökologische Transformation – zu stemmen. IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt spricht sich im iwd-Interview dafür aus, die riesigen öffentlichen Ausgabenbedarfe in der Bundesrepublik nötigenfalls auch mithilfe neuer Schulden zu realisieren. —> [Seiten 2-5](#)

Private Haushalte

Ab wann Menschen als arm gelten, hängt stark vom Land ab, in dem sie wohnen. In Europa sind Skandinavier am seltensten von Armut bedroht.

—> [Seiten 8-9](#)

Finanzmarkt

Probleme im Bankensektor haben Anleger zuletzt verunsichert. Welche Auswirkungen eine Bankenkrise auf die deutsche Wirtschaft hätte, zeigt eine IW-Simulation.

—> [Seite 10](#)

Aufschwung lässt auf sich warten

IW-Konjunkturprognose. Die deutsche Wirtschaft hat auch in diesem Jahr mit vielen Problemen zu kämpfen. Vor allem im Bausektor zeigt der Trend abwärts. Weil sowohl die Auslandsnachfrage als auch die Investitionen kaum zulegen und der private Konsum nicht mehr wie noch 2022 durch Nachholeffekte gestärkt wird, wächst das reale Bruttoinlandsprodukt 2023 nur minimal.

Trotz Pandemiefolgen, Ukraine-Krieg und Energiekrise hat sich die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr einigermaßen über Wasser gehalten: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) überstieg das Niveau von 2021 um 1,8 Prozent. Tempo machte die Konjunktur allerdings vor allem im ersten Quartal, anschließend ließ die Dynamik spürbar nach. Im vierten Quartal sank die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal sogar um 0,4 Prozent.

Hinter diesem gesamtwirtschaftlichen Verlauf stecken unterschiedliche Konjunkturtrends in den einzelnen Branchen (Grafik Seite 3):

Während die Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich übers gesamte Jahr 2022 gesehen das Vorjahresniveau um fast 3 Prozent überstieg, trat die Industrie auf der Stelle und die Bauwirtschaft verzeichnete ein Minus von nahezu 3 Prozent.

Schaut man auf die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für 2023, lautet die Kurzfassung: Es bleibt schwierig. Zwar ist die Zeit der extremen Preisausschläge an den Energiemärkten vorerst vorbei, doch die Kosten für Gas und Strom bleiben deutlich höher als vor der Energiekrise. Auch bestehen nach wie vor bedeutende geopolitische Risiken – nicht zuletzt, weil ein Ende des russischen Angriffskriegs in der Ukraine nicht absehbar ist.

All dies lässt hierzulande vorerst keinen merklichen Aufschwung zu (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird der aktuellen IW-Prognose zufolge 2023 nur um gut ¼ Prozent über dem Niveau des vergangenen Jahres liegen.

Einige Ergebnisse der IW-Prognose im Detail:

- **Außenhandel.** Der Ukraine-Krieg, Energieknappheiten und die hohen Inflationsraten trüben auch in vielen anderen Ländern die Konjunkturperspektiven (siehe Seite 4). Das IW erwartet, dass die Weltwirtschaft real in diesem Jahr nur um 2 Prozent, der Welthandel sogar nur um 1 Prozent wachsen wird. All dies beeinträchtigt die exportorientierte deutsche Wirtschaft massiv. Hinzu kommt, dass die energieintensiven Industriebereiche zuletzt aufgrund der gestiegenen Energiekosten ihre Produktion drosseln mussten und damit auch weniger Güter ins Ausland liefern konnten. Die Folge:

Die deutschen Exporte werden preisbereinigt 2023 um etwa ¼ Prozent niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr.

IW-Prognose für Deutschland 2023

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

| | 2022 | 2023 |
|--|-------|---------|
| Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts | | |
| Erwerbstätige | 1,3 | 1/2 |
| Arbeitslosenquote | 5,3 | 5 1/2 |
| Arbeitsvolumen | 1,4 | 1/4 |
| Produktivität | 0,4 | 0 |
| Bruttoinlandsprodukt | 1,8 | 1/4 |
| Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts | | |
| Private Konsumausgaben | 4,3 | - 1/2 |
| Konsumausgaben des Staates | 1,2 | 1/2 |
| Anlageinvestitionen | 0,4 | - 3/4 |
| – Ausrüstungen | 3,3 | 1 3/4 |
| – Sonstige Anlagen | 2,1 | 2 1/2 |
| – Bauten | - 1,7 | - 3 |
| Inlandsnachfrage | 3,1 | - 1/4 |
| Export | 2,9 | - 1/4 |
| Import | 6,0 | - 1 |
| Preisentwicklung | | |
| Verbraucherpreise | 6,9 | 6 |
| Staatshaushalt | | |
| Finanzierungssaldo | - 2,6 | - 2 1/2 |

2022: Istwerte
Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

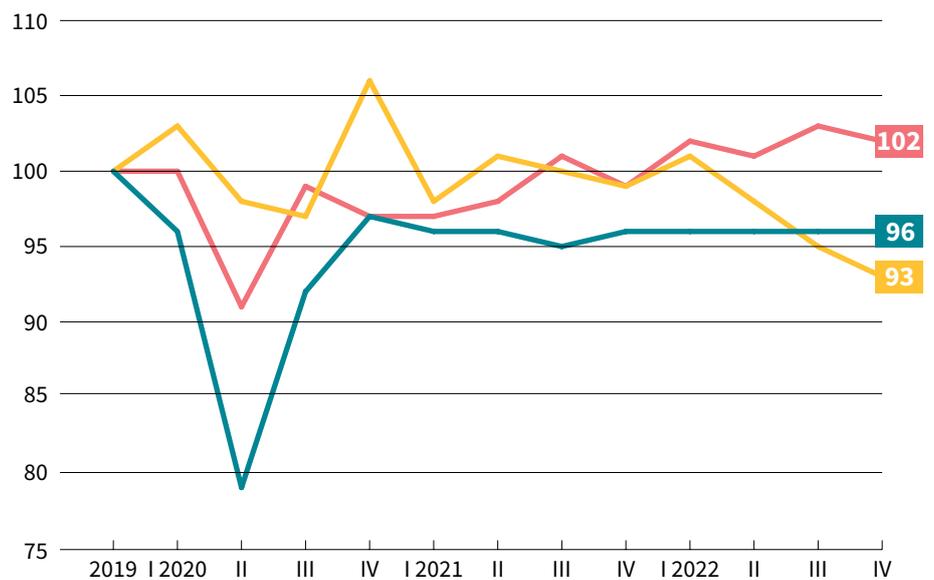
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Konjunktur: Branchen entwickeln sich unterschiedlich

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung in Deutschland, Jahresdurchschnitt 2019 = 100

- Verarbeitendes Gewerbe
- Baugewerbe
- Dienstleistungen

Quellen: Statistisches Bundesamt,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



iwd

Auch die Importe, die 2022 noch von Nachholeffekten, zum Beispiel im Reiseverkehr, profitiert hatten, werden in diesem Jahr leicht sinken.

• **Investitionen.** Die Coronapandemie und zuletzt auch die Folgen des Kriegs in der Ukraine haben in Deutschland in den vergangenen drei Jahren zu Investitionsausfällen von insgesamt etwa 120 Milliarden Euro geführt. Angesichts des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds lässt sich diese Lücke auch 2023 nicht schließen.

Die realen Ausrüstungsinvestitionen, zu denen vor allem die Käufe neuer Produktionsanlagen und Maschinen zählen, werden in diesem Jahr lediglich um 1 ¾ Prozent wachsen.

Etwas stärker zulegen dürften die Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen etwa die Ausgaben für Forschung und Software zählen. Hier schlagen sich vor allem die Digitalisierungsprozesse in den Unternehmen nieder.

Die Bauinvestitionen werden dagegen infolge der gestiegenen Kosten für Baumaterialien und der verteuerten Baufinanzierung erneut schrumpfen – mit voraussichtlich minus 3 Prozent sogar stärker als im Vorjahr. Dreh- und Angelpunkt für die tatsächliche Entwicklung werden die Zinsen sein – stabilisieren sie sich, dürfte auch die Baunachfrage wieder anziehen. Mittelfristig sind die Perspektiven für die Baubranche ohnehin positiv, schließlich ist der Bedarf an neuen Wohnungen nach wie vor hoch.

• **Privater Konsum.** Im vergangenen Jahr konnten die Bundesbürger nach den von Coronabeschränkungen

geprägten Jahren 2020 und 2021 wieder unbeschwert reisen, essen gehen oder Konzerte besuchen. Die Ausgaben hierfür ließen den privaten Konsum real um mehr als 4 Prozent steigen.

In diesem Jahr dürften solche Nachholeffekte nicht nochmals zum Tragen kommen. Außerdem erweist sich die Inflation als hartnäckig, sodass viele Verbraucher trotz tendenziell steigender Löhne ihr Geld zusammenhalten. Infolgedessen wird der reale private Konsum 2023 um rund ½ Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen.

• **Arbeitsmarkt.** Obwohl die geringe wirtschaftliche Dynamik auch die Arbeitskräftenachfrage abschwächt, ist im Schnitt des Jahres 2023 mit einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl um gut 250.000 oder ½ Prozent zu rechnen. Eine Rolle spielt hierbei, dass die Unternehmen angesichts des Fachkräftemangels selbst bei nicht voll ausgelasteten Kapazitäten ihre Belegschaft halten.

Trotz des positiven Beschäftigungstrends wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich leicht steigen – nicht zuletzt, weil immer mehr Geflüchtete aus der Ukraine nach den ersten Integrationsmaßnahmen nun einen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt suchen.

IW-Report 19/2023

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur: Kein Aufschwung in Sicht – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2023
iwkoeln.de/konjunkturprognose-f2023

Vielerorts schwache Dynamik

Weltkonjunktur. Die vom Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise und die daraufhin gestiegenen Leitzinsen der Zentralbanken bremsen aktuell das globale Wirtschaftswachstum. Im Detail entwickelt sich die Konjunktur in den einzelnen Ländern aber durchaus unterschiedlich.

Deutschland ist eine Handelsnation – wie die hiesige Wirtschaft läuft, hängt stark von den Konjunktur-trends im Ausland ab. Das IW untersucht daher im Rahmen der Konjunkturprognose auch, wie die Perspektiven in anderen Volkswirtschaften aussehen. Eine Auswahl:

USA. Nach einer Abwärtsbewegung im ersten Halbjahr 2022 hat die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten neuen Schwung bekommen. Somit droht 2023 keine Rezession (Grafik):

Das US-Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr gegenüber 2022 voraussichtlich um $\frac{3}{4}$ Prozent wachsen.

Wichtige Faktoren sind dabei der robuste Arbeitsmarkt und die private

Investitionstätigkeit, die nicht zuletzt vom Inflation Reduction Act gestützt wird – einem Programm mit einem Volumen von 380 Milliarden Dollar, das in erster Linie Klimaschutzmaßnahmen finanziell fördert.

Das prognostizierte Wachstum werden die USA allerdings nur erreichen, wenn die Insolvenz der Silicon Valley Bank nicht zu einer systemischen Bankenkrise führt.

China. Die Aussichten für das Reich der Mitte sind diffus: Auf der einen Seite belastet der angeschlagene Immobilienmarkt die Binnenkonjunktur und die schwache globale Nachfrage bremst die chinesischen Exporte. Auf der anderen Seite hellt sich die Stim-

mung in der Wirtschaft nach der abrupten Aufhebung aller Lock-downs zunehmend auf. Außerdem versucht der Staat, die Wirtschaft durch eine expansive öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln.

Die große Unbekannte ist der private Konsum. Dieser ist zwar nach wie vor durch den schlecht laufenden Arbeitsmarkt geprägt, könnte durch Nachholeffekte nach den Lock-downs nun aber Auftrieb erhalten.

Unterm Strich erwartet das IW für 2023 ein reales Wachstum der chinesischen Wirtschaftsleistung von 4 Prozent. Das ist höher als in vielen anderen Ländern – für China jedoch ein niedriger Wert.

Euroraum. Die europäische Wirtschaft schafft es 2023 wohl gerade so in den Wachstumsbereich:

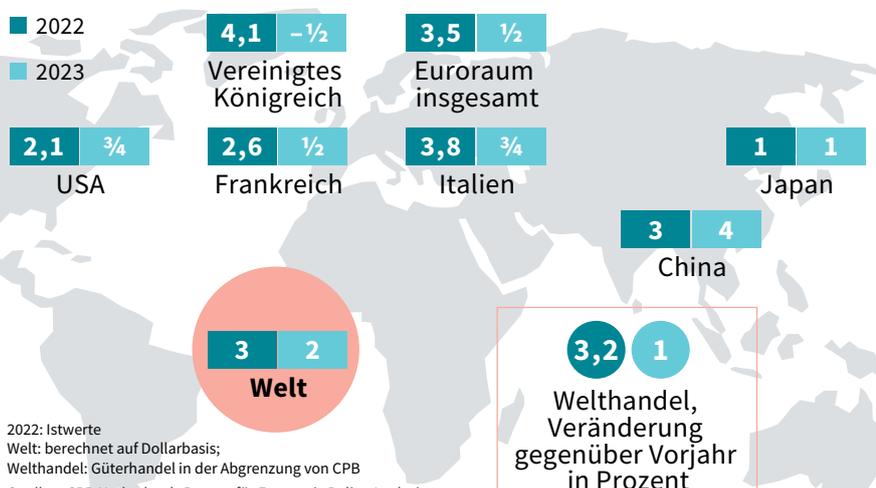
Das reale Bruttoinlandsprodukt der Euroländer wird lediglich um $\frac{1}{2}$ Prozent zulegen.

Dahinter steckt unter anderem der Einfluss der hohen Energiepreise. Sie haben nicht nur in Deutschland die Produktion in einigen energieintensiven Industriezweigen einbrechen lassen.

Zudem bleiben die Inflationsraten vorerst hoch, auch die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale besteht in einigen Ländern. Die Europäische Zentralbank wird demzufolge den Leitzins voraussichtlich auf bis zu 4 Prozent anheben, was die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen verschlechtern und die Konsumnachfrage schwächen würde.

IW-Auslandsprognose für 2023

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



2022: Istwerte
Welt: berechnet auf Dollarbasis;
Welthandel: Güterhandel in der Abgrenzung von CPB
Quellen: CPB Netherlands Bureau für Economic Policy Analysis, nationale Statistiken, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

„Wir müssen produktiver werden“

Interview. Die Konjunktur in Deutschland lahmt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf so groß wie nie. IW-Geschäftsführer **Hubertus Bardt** spricht sich deshalb für eine ambitioniertere Standortpolitik aus.



Foto: IW

Das IW geht für Deutschland in diesem Jahr von einem Mini-Wirtschaftswachstum von ¼ Prozent aus. Reicht das, um die anstehenden Herausforderungen – zum Beispiel den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und höhere Verteidigungsausgaben – zu finanzieren?

Das reicht nicht. Wir bräuchten sogar ein höheres Wachstum als das vor Corona, um wieder auf das Wohlstandsniveau zu kommen, das wir ohne Pandemie und Krieg gehabt hätten. Dann könnten wir diese großen Investitionen für die Transformationsprozesse leichter stemmen und mit dem demografischen Wandel besser umgehen.

Wie realistisch ist das?

Konjunktur ist ein kurzfristiges Phänomen, sie beschreibt die Schwankungen unserer ökonomischen Aktivitäten oftmals aufgrund von plötzlich auftretenden Schocks. Das mittlere Wachstumsniveau muss also nicht so niedrig bleiben wie in der Rezession. Wenn wir allerdings unser Wohlstandsniveau halten wollen und zusätzlich noch demografisch bedingte Produktionseinschränkungen ausgleichen wollen, dann müssen wir ein höheres Produktivitätswachstum organisieren. Wenn weniger Menschen arbeiten, dann müssen wir produktiver werden. Das klappt vorwiegend

mit Bildung, Forschung und Investitionen in moderne Ausrüstungen.

Wie viel Produktivitätswachstum pro Jahr bräuchten wir dafür?

Über die letzten fünf Jahre haben wir im Durchschnitt in Deutschland immer ein Produktivitätswachstum von 0,6 Prozent gehabt. Das ist nicht riesig, aber für ein fortgeschrittenes Land ist es nicht untypisch, dass die Wachstumsraten im Zeitablauf kleiner werden. Aber je näher wir an der Nulllinie sind, desto eher drohen Wohlstandseinbußen. Notwendig ist eine grundlegende Investitionsoffensive: in Infrastruktur, moderne Ausrüstungen und effiziente Gebäude, in Forschung und Entwicklung und natürlich ins Bildungswesen. Die Liste der Notwendigkeiten ist lang!

Sind neue Schulden dafür die Lösung?

Wir haben riesige öffentliche Ausgabenbedarfe. Allein für den Verteidigungsetat rechnen wir, wenn das Sondervermögen aufgebraucht ist, mit zusätzlich mehr als 30 Milliarden Euro im Jahr. Auch bei den sozialen Sicherungssystemen und der Infrastruktur bestehen erhebliche Zusatz- sowie Reinvestitionsbedarfe. Hinzu kommen die Kosten für die ökologische Transformation sowie die Digitalisierung. Es wird nicht leicht, die Investitionen – wenn notwendig auch über Schulden – zu finanzieren und gleichzeitig den

Druck auf klare Priorisierungen und Sparsamkeit im Haushalt aufrechtzuerhalten.

Welche Maßnahmen wären darüber hinaus sinnvoll?

Im Grunde bräuchten wir eine bessere Standortpolitik. In Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten schleichend die Standortbedingungen verschlechtert: durch höhere Lohnstückkosten, steigende Unternehmenssteuern, teure Energie und den Fachkräftemangel. Da muss gegengesteuert werden.

Mit Blick auf die Industrie braucht es darüber hinaus das richtige Regelwerk und einen geeigneten Förderrahmen, damit Firmen die Investitionen in die Dekarbonisierung stemmen können, die sich nicht am Markt refinanzieren lassen. Die Schwierigkeit besteht hier in erster Linie darin, nicht einfach jedes Unternehmen zu fördern, denn natürlich wollen alle Betriebe Unterstützung in diesem Prozess, aber längst nicht immer ist es nötig.

An Regeln mangelt es ja nicht ...

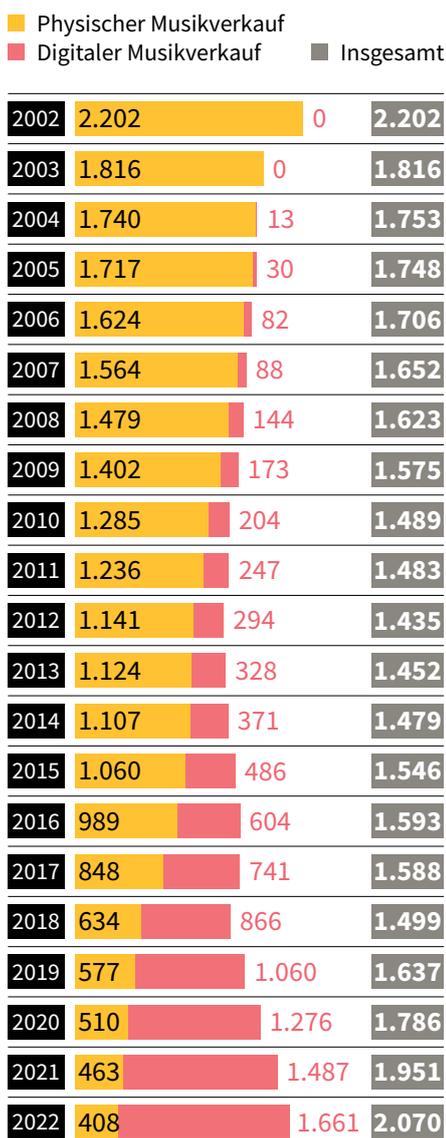
So langweilig diese Forderung mittlerweile klingen mag, sie ist nach wie vor aktuell: Der Staat muss Genehmigungsverfahren verschlanken und Regularien eindampfen. Dass das geht, zeigen die überaus schnell aufgebauten Flüssiggasterminals an der deutschen Nordseeküste.

Mit TikTok zum Erfolg

Musikindustrie. Unternehmen der Musikbranche haben in Deutschland im vergangenen Jahr erstmals seit 2002 wieder mehr als 2 Milliarden Euro Umsatz erzielt. Am erfolgreichsten sind dabei Streaminganbieter wie Spotify. Aber auch die Schallplatte ist wieder im Trend.

Musik: Streaming überholt CD

So viele Millionen Euro Umsatz erzielte die Musikindustrie in Deutschland



Quelle: Bundesverband Musikindustrie
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Egal, ob zu Hause, in der Bahn oder beim Sport: Die Deutschen sind begeisterte Musikhörer. Inzwischen kommt das auch wieder in den Kassen der Anbieter an (Grafik):

Der Umsatz der Musikindustrie in Deutschland stieg im vergangenen Jahr auf knapp 2,1 Milliarden Euro – zuletzt wurde die 2-Milliarden-Euro-Marke im Jahr 2002 überschritten.

Seit damals hat sich der Markt allerdings fundamental verändert. Inzwischen machen Online-Verkäufe mehr als 80 Prozent der Einnahmen aus. Am meisten Geld bringt das Audiostreaming, auf das inzwischen 73 Prozent des gesamten Branchenumsatzes entfallen. Die beliebteste App dafür ist Spotify mit fast zehn Millionen zahlenden Abonnenten im Jahr 2021.

Zweitwichtigster Umsatzbringer war im vergangenen Jahr die CD mit einem Marktanteil von 12,9 Prozent, allerdings mit fallender Tendenz. Zugleich folgen die Deutschen aber einem anderen Retro-Trend:

Im vergangenen Jahr wurden hierzulande 5,1 Prozent mehr Schallplatten verkauft als 2021. Damit steuert das klassische Vinyl wieder 6 Prozent zum Umsatz auf dem Musikmarkt bei.

Besonders beliebt bei allen Nutzern der Streamingdienste ist aktuelle Musik. Fast die Hälfte aller

Songs, die im vergangenen Jahr gestreamt wurden, ist seit 2020 veröffentlicht worden. Die Deutschen hören online am liebsten Popmusik, dicht gefolgt von Hip-Hop und Rap.

Wer auf Schallplatten und CDs setzt, tanzt wahrscheinlich eher zu rockiger Musik. Mit einem Höreranteil von 30 Prozent ist Rock noch vor Pop das beliebteste Genre auf dem Markt für physische Tonträger.

Der erfolgreichste deutsche Musiker auf Spotify ist der Künstler Apache 207. Er landet mit seiner Single „Roller“ auf Platz eins der in Deutschland meistgestreamten Songs in den vergangenen zehn Jahren.

Spotify und Co. sind aber nicht das jüngste Phänomen, das die deutsche Musikindustrie nachhaltig verändert. So ging zum Beispiel „Ohne Benzin“, die Debütsingle der Berliner Rapperin Domiziana, erst auf TikTok viral – die Künstlerin postete auf der Social-Media-App immer wieder Tanzeinlagen zu ihrem Song. Einige der Clips erzielten fast vier Millionen Aufrufe. Die Folge: Der Song kletterte auf Spotify in die Top Ten der deutschen Charts.

Teure Viren

Fehlzeiten. Der Krankenstand in Deutschland war im Jahr 2022 deutlich höher als in den Vorjahren. Überdurchschnittlich viele Mitarbeiter fielen mit Atemwegserkrankungen aus.

Die Arbeitnehmer in Deutschland waren 2022 wieder häufiger krank. Das zeigen Daten aus einer monatlichen Stichprobe des Dachverbands der Betriebskrankenkassen (BKK) (Grafik):

Der Krankenstand unter den beschäftigten BKK-Mitgliedern stieg im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Prozent.

Vorausgesetzt, dieser Trend ist für alle gesetzlich Versicherten ähnlich, fehlten den Unternehmen zuletzt im Jahresdurchschnitt rund 6 Prozent aller Beschäftigten. In den vorherigen Jahren waren es stets deutlich weniger als 5 Prozent.

Vor allem Atemwegserkrankungen haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Der Anteil dieser Fälle am gesamten Krankenstand lag im vergangenen Jahr bei fast einem Viertel und damit mehr als doppelt so hoch wie 2021.

Der Grund: Maßnahmen wie Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen sorgten in den ersten beiden Pandemiejahren nicht nur für die Eindämmung des Coronavirus, die Menschen steckten sich auch seltener mit herkömmlichen Influenza- und respiratorischen Synzytialviren (RS-Viren) an. Als Folge davon nahm die Bevölkerungsimpunität gegen Atemwegserkrankungen ab.

Mit dem Wegfall der bundesweiten Maskenpflicht in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens konnten sich die Viren seit April 2022 wieder stärker und schneller verbreiten, der Krankenstand stieg. In diesem Jahr dürfte sich der Trend aber wieder umkehren, weil mehr Menschen erkrankt waren und die Bevölkerungsimpunität deshalb aller Voraussicht nach wieder zunimmt.

Ein weiterer, wenn auch weniger gewichtiger Grund für den höheren Krankenstand ist die große Zahl an Corona-Infektionen, die statistisch nicht zu den Atemwegserkrankungen gezählt werden. Die inzwischen vorherrschende Omikron-Variante geht zwar oft mit vergleichsweise milden Verläufen einher. Sie ist aber deutlich stärker in der jüngeren Bevölkerung im Erwerbsalter verbreitet als ihre Vorgänger-Varianten.

Wenn Mitarbeiter erkranken, wirkt sich das nicht nur auf die betrieblichen Abläufe aus, sondern auch auf die Arbeitskosten. Schließlich bekommen die Beschäftigten in den ersten sechs Krankheitswochen ihr Gehalt wie gehabt vom Arbeitgeber, der für sie auch weiter seinen Anteil in die Sozialversicherungen einzahlt. Erst nach sechs Wochen springt die Krankenkasse mit dem Krankengeld ein. Diese gesetzliche Regelung geht für die Betriebe ins Geld:

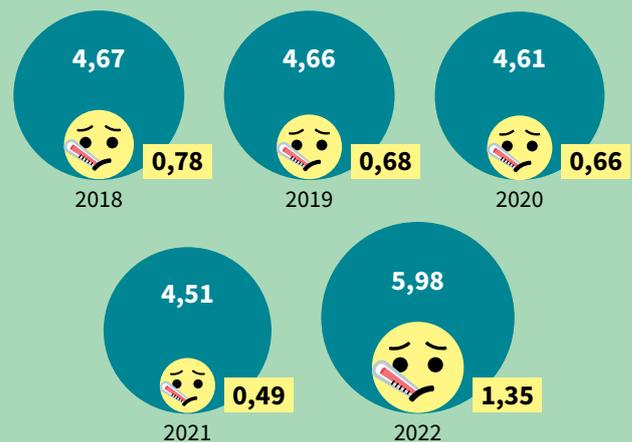
Im Jahr 2021 zahlten Arbeitgeber geschätzt rund 77 Milliarden Euro für krankgeschriebene Mitarbeiter.

Aufgrund des erhöhten Krankenstands wird dieser Betrag 2022 deutlich steigen – voraussichtlich um einen zweistelligen Milliardenbetrag.

Atemwegserkrankungen sorgen für höheren Krankenstand

Durchschnittliche Zahl der krankgemeldeten in Prozent aller beschäftigten Mitglieder der Betriebskrankenkassen

■ Davon aufgrund von Atemwegserkrankungen



Hochrechnung auf Basis monatlicher Stichproben
Krankgemeldete Mitglieder: arbeitsunfähig mit ärztlichem Attest

Quellen: Dachverband der Betriebskrankenkassen,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwid



IW-Kurzbericht 22/2023

Jannik Leiß, Jochen Pimpertz: Atemwegserkrankungen sorgen für hohen Krankenstand 2022

iwkoeln.de/atemwegserkrankungen

Armut in Europa

Private Haushalte. Ob jemand in der EU als armutsgefährdet oder arm gilt, hängt stark von seinem Wohnort ab. Denn die Schwellenwerte für die Armutsgefährdung orientieren sich an den durchschnittlichen Einkommen des jeweiligen Landes. Skandinavier sind insgesamt deutlich seltener von Armut betroffen als die anderen Europäer. In Deutschland ist die Gefahr von Armut je nach Maßstab gering bis mittel.

Die Armutsgefährdungsgrenzen

Schwellenwerte der relativen Einkommensarmut für Singles im Jahr 2020 in Euro im Monat



Schwellenwert: 60 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens der jeweiligen Bevölkerung;
 Nettoäquivalenzeinkommen: Pro-Kopf-Einkommen, das Ersparnisse durch gemeinsames Wirtschaften und die im Vergleich zu Erwachsenen niedrigeren Bedarfe von Kindern berücksichtigt;
 Kaufkraftbereinigt, in deutschen Preisen

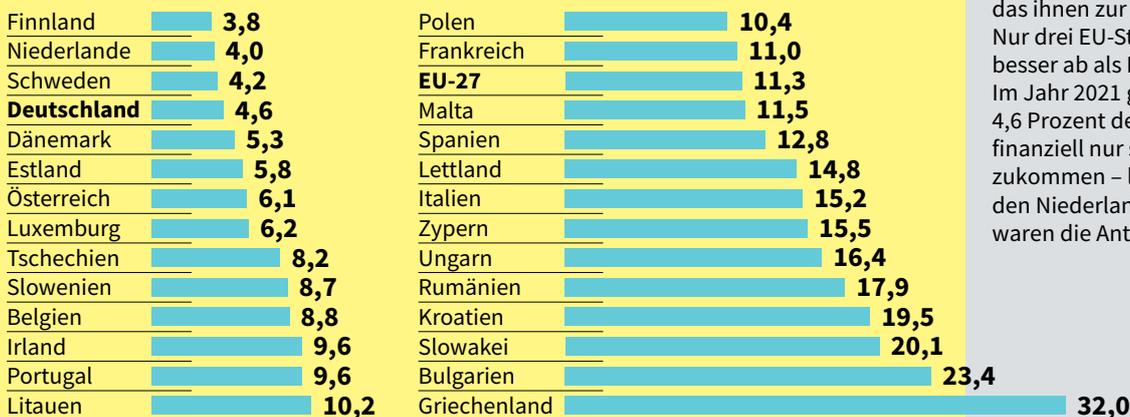
Quelle: Eurostat
 © 2023 IW Medien / iwd

In Deutschland gilt ein Single nach EU-Definition als relativ einkommensarm, wenn er netto über weniger als 1.247 Euro im Monat verfügt. Eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt mit einem Nettoeinkommen von weniger als 2.619 Euro unter der Armutsgefährdungsgrenze. Innerhalb der EU müssen nur die Luxemburger, Niederländer und Österreicher mehr Geld zur Verfügung haben, um nicht als relativ einkommensarm zu gelten.

iwd

Subjektiv arm

So viel Prozent der Bevölkerung hatten 2021 gemäß Selbstauskunft große Schwierigkeiten, mit dem Geld auszukommen



Slowakei: 2020

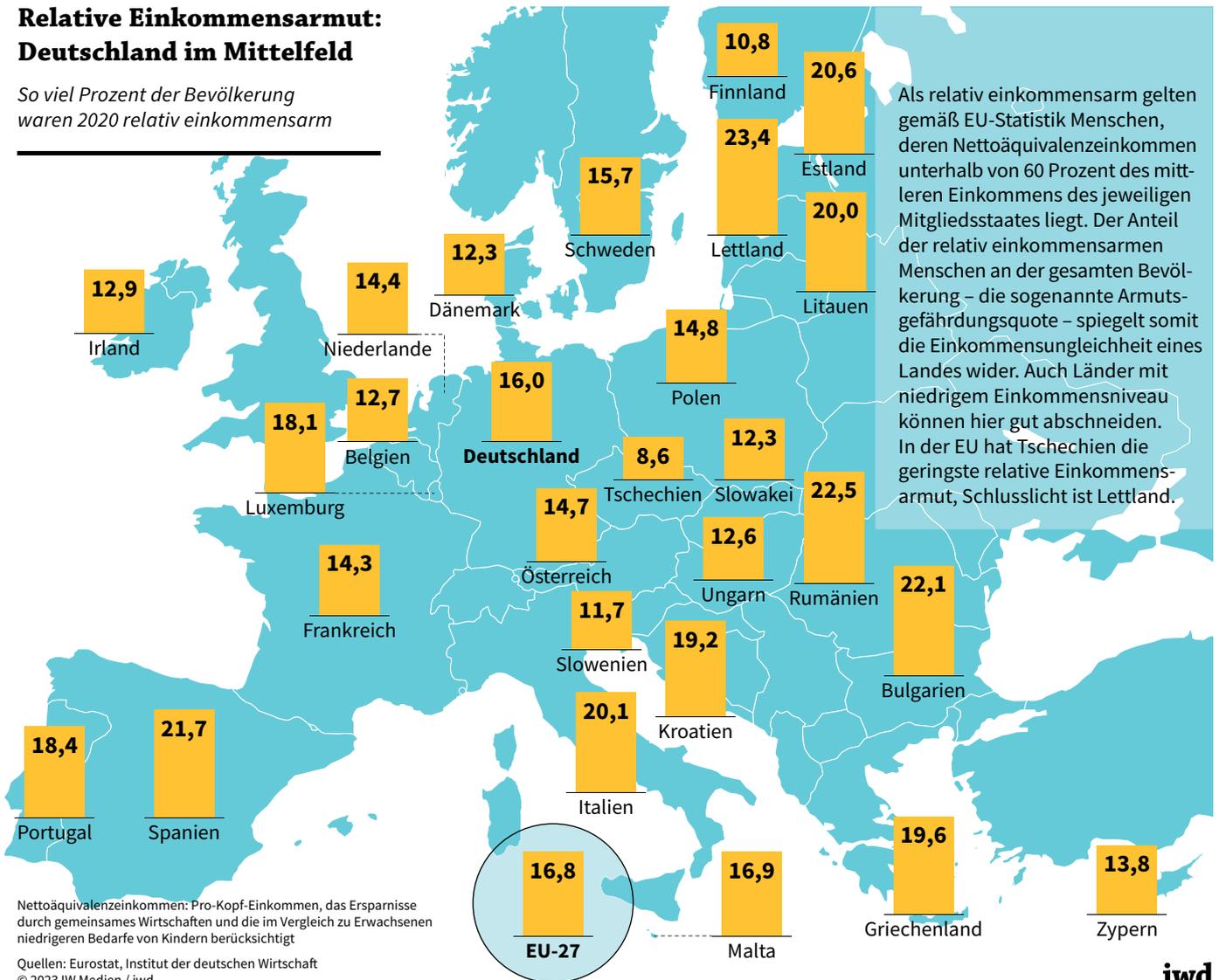
Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Eurostat erfasst, inwiefern die Menschen nach eigenem Empfinden mit dem Geld auskommen, das ihnen zur Verfügung steht. Nur drei EU-Staaten schneiden besser ab als Deutschland. Im Jahr 2021 gaben hierzulande 4,6 Prozent der Haushalte an, finanziell nur sehr schwer zurechtzukommen – lediglich in Finnland, den Niederlanden und Schweden waren die Anteile niedriger.

Relative Einkommensarmut: Deutschland im Mittelfeld

So viel Prozent der Bevölkerung waren 2020 relativ einkommensarm



Als relativ einkommensarm gelten gemäß EU-Statistik Menschen, deren Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren Einkommens des jeweiligen Mitgliedsstaates liegt. Der Anteil der relativ einkommensarmen Menschen an der gesamten Bevölkerung – die sogenannte Armutsgefährdungsquote – spiegelt somit die Einkommensungleichheit eines Landes wider. Auch Länder mit niedrigem Einkommensniveau können hier gut abschneiden. In der EU hat Tschechien die geringste relative Einkommensarmut, Schlusslicht ist Lettland.

Nettoäquivalenzeinkommen: Pro-Kopf-Einkommen, das Ersparnisse durch gemeinsames Wirtschaften und die im Vergleich zu Erwachsenen niedrigeren Bedarfe von Kindern berücksichtigt

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Wo das Nötigste zu teuer wird

So viel Prozent der Haushalte mussten sich nach eigenen Angaben im Jahr 2021 einschränken

| | Schweden | 3,5 | 1,4 | Malta | 9,8 | 5,4 |
|----------------------------------|-------------|-----|-----------|--------------|------|------|
| Materielle Entbehrung | Finland | 3,6 | 1,1 | Belgien | 10,2 | 6,3 |
| Erhebliche materielle Entbehrung | Österreich | 4,4 | 1,8 | Lettland | 11,1 | 5,3 |
| | Niederlande | 4,6 | 2,1 | Zypern | 11,2 | 2,6 |
| | Tschechien | 4,8 | 1,8 | Italien | 11,3 | 5,9 |
| | Slowenien | 4,8 | 1,8 | Frankreich | 11,4 | 5,9 |
| | Estland | 5,1 | 1,9 | EU-27 | 11,9 | 6,3 |
| | Luxemburg | 5,3 | 2,4 | Portugal | 13,5 | 6,0 |
| | Dänemark | 5,9 | 3,1 | Litauen | 13,6 | 6,4 |
| | Polen | 6,3 | 2,9 | Spanien | 15,4 | 8,3 |
| | Kroatien | 8,4 | 3,5 | Ungarn | 17,7 | 10,2 |
| | Deutschland | 9,0 | 4,3 | Griechenland | 29,2 | 13,9 |
| Irland | 9,7 | 5,1 | Bulgarien | 30,4 | 19,1 | |
| Slowakei | 9,7 | 5,7 | Rumänien | 34,5 | 23,1 | |

Slowakei: 2020
Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

Nach EU-Definition liegt eine materielle Entbehrung vor, wenn drei von neun Grundbedürfnissen aus finanziellen Gründen nicht befriedigt werden können. Sind es vier, spricht man von erheblicher materieller Entbehrung. Zu den Grundbedürfnissen zählt etwa, die Wohnung angemessen heizen und die Miete rechtzeitig bezahlen zu können. Aber auch eine einwöchige Urlaubsreise oder ein eigenes Auto sollte das Budget zu lassen. Besonders gut schneiden hier erneut die skandinavischen Länder ab. Vergleichsweise hoch ist der Anteil der Haushalte, in denen es am Nötigsten fehlt, in Bulgarien und Rumänien.

Wenn Banken wanken

Finanzmarkt. Erst der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank, dann die Übernahme der angeschlagenen Credit Suisse – die Probleme im Bankensektor haben zuletzt hohe Wellen geschlagen. Das IW hat nun berechnet, was eine milde Version einer Bankenkrise für die Wirtschaft bedeuten würde.

Die Pleite der Silicon Valley Bank am 10. März 2023 weckte bei vielen böse Erinnerungen. Doch die jetzige Situation ist völlig anders als während der Finanzkrise 2008. Damals sorgten Kreditausfälle in den USA für weltweite Turbulenzen im Banken- und Finanzsektor. Heute sind die Geldinstitute wegen der steigenden Leitzinsen, mit denen Währungshüter in Amerika und Europa die Inflation bekämpfen, unter Druck.

Vereinfacht gesagt müssen Banken ihre risikobehafteten Geschäftsmodelle zügig anpassen. Wie so oft auf den Finanzplätzen der Welt geht es um Vertrauen.

Fehlt den Anlegern Vertrauen, ziehen sie Kapital aus den Banken

ab. Diese müssen dann ihre Wertpapiere unter Wert verkaufen und geraten so in finanzielle Schwierigkeiten.

Das IW hat nun mit dem Global Economic Model von Oxford Economics die Auswirkungen einer milden globalen Bankenkrise modelliert. Sie gehen eher von einem „Was wäre wenn“-Fall aus, sollten fallende Aktienkurse zu sinkenden Bankenbewertungen führen.

Der Berechnung liegen drei Annahmen zugrunde:

- Finanzmarktumulte führen zu Kursverlusten an den globalen Aktienmärkten.
- Verschärfte Kreditbedingungen führen zu weniger Kreditvergaben

und belasten die private Investitionstätigkeit.

• Vermögensverluste führen zum Rückgang beim privaten Konsum.

So lautet das Resultat (Grafik):

Bei einer Bankenkrise würde das reale Bruttoinlandprodukt in Deutschland 2023 um 0,5 Prozent und 2024 um 2 Prozent sinken.

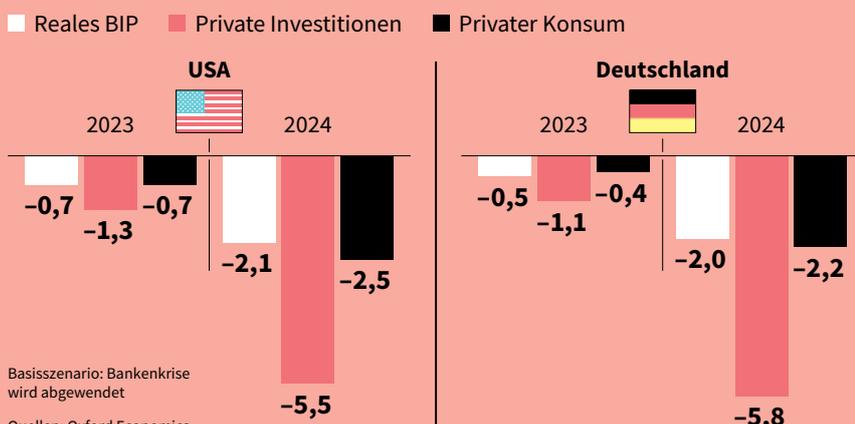
Ähnlich sieht das Szenario für die Vereinigten Staaten mit einem Verlust von 0,7 Prozent beziehungsweise 2,1 Prozent aus.

In Deutschland würden durch eine Bankenkrise die privaten Investitionen 2024 stärker nachgeben als in den USA (-5,8 Prozent), in den USA wäre im Vergleich zur Bundesrepublik der private Konsum (-2,5 Prozent) stärker betroffen.

Die Zentralbanken – insbesondere die amerikanische Fed – stehen derzeit unter Druck, ihre Zinspolitik zu überdenken, denn einige Banken sind von den schnell steigenden Leitzinsen sichtlich überfordert. Insgesamt fehlt es den US-Banken am finanziellen Puffer, um die Zeit zu überbrücken, bis die Inflationsbremsen wirken. Auch die EZB ist gefordert, zu verhindern, dass die Finanzmarktumulte auf die Gesamtwirtschaft überspringen.

Mögliche Bankenkrise: Starke Schockwellen

Um so viel Prozent würden sich diese wirtschaftlichen Kennzahlen im Falle einer globalen Bankenkrise laut Modellsimulation gegenüber dem Basisszenario verändern



IW-Kurzbericht 25/2023

Thomas Obst: Stress im Finanzsystem –
Wirtschaftliche Auswirkungen einer
Bankenkrise
iwkoeln.de/bankenkrise

Frauenmangel in Digitalisierungsberufen

Arbeitsmarkt. Auf 100 Beschäftigte in Digitalisierungsberufen kommen in Deutschland nur 16 Frauen. Dabei verfügen Mädchen in der Schule im Schnitt über bessere computer- und informationsbezogene Kompetenzen als Jungen.

Softwareentwickler, Mechatroniker, Computerlinguisten oder IT-Anwendungsberater: Das Spektrum der Digitalisierungsberufe ist vielfältig. Insgesamt zählen 97 der 1.300 Berufe, die es in Deutschland gibt, zu dieser Kategorie. In dieser zukunftsrelevanten Sparte hat es in den vergangenen Jahren ein deutliches Jobplus gegeben:

Zwischen 2013 und 2021 hat die Beschäftigung in den Digitalisierungsberufen in Deutschland um 17,9 Prozent zugelegt.

Seit 2017 entwickelt sich der Beschäftigungszuwachs zudem schneller als im Durchschnitt aller Berufe.

Allerdings haben die Digitalisierungsberufe ein Problem. Sie werden von Männern dominiert (Grafik):

Im Juni 2022 lag der Frauenanteil in Digitalisierungsberufen in Deutschland lediglich bei rund 16 Prozent.

Außerdem kommt die Frauenpräsenz in diesen Jobs nur äußerst schleppend voran: Ende 2013 betrug der Frauenanteil in Digitalisierungsjobs 14,6 Prozent, innerhalb von knapp zehn Jahren ist der Anteil von Frauen in diesem Metier somit nur um 1,7 Prozentpunkte gewachsen.

Allerdings sind sie nicht in allen Digitalisierungsberufen schlecht vertreten. Besonders hoch ist die Frauenquote mit 76 Prozent in der nicht-klinischen Psychologie, zu denen auch die Kognitionswissenschaftler zählen, die Systeme der Mensch-Maschine-Interaktion und künstlichen Intelligenz entwickeln. Im Archivwesen sind Frauen mit 63 Prozent, im Grafik-, Kommunikations- und Fotodesign mit 60 Prozent vertreten. Lediglich 2 Prozent beträgt der Frauenanteil in der Berufsgattung Bauelektrik-Fachkraft, als Aufsicht in Mechatronik- und Automatisierungstechnik sind es 1 Prozent.

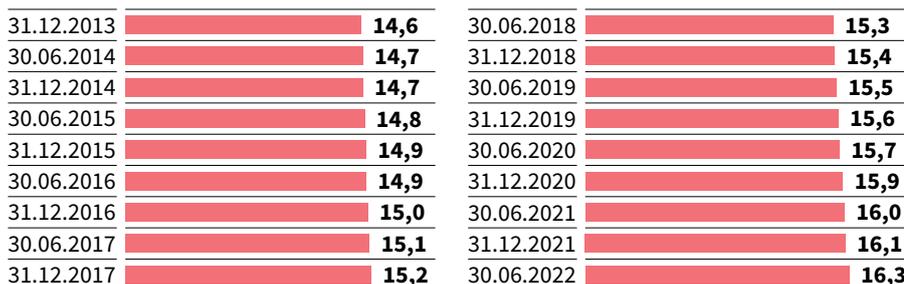
In Jobs, die Digitalisierungskompetenzen verlangen, herrscht zudem ein starker Mangel an Fachkräften. So gab es 2021 für etwa jede zweite offene Stelle in Digitalisierungsberufen deutschlandweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen.

Um mehr Frauen für Digitalisierungsberufe zu begeistern, sollten schon in der Schulzeit geeignete Maßnahmen umgesetzt werden. Denn das Wissen ist da: In Deutschland haben Mädchen in der achten Jahrgangsstufe signifikant höhere computer- und informationsbezogene Kompetenzen als Jungen. In Mathematik und den Naturwissenschaften unterscheiden sich die Kompetenzen von Jugendlichen zwischen den Geschlechtern nur wenig.

Trotzdem trauen sich Mädchen im Vergleich zu den Jungen in allen getesteten Bereichen deutlich weniger zu, als es die Kompetenzwerte zeigen. Deshalb sollten schulische Feedbacksysteme Mädchen ihre digitalen Stärken deutlich vor Augen führen und sie ermutigen, Digitalisierungsberufe zu erlernen. In der Berufsorientierung sollten Schülerinnen durch praktische Erfahrungen und Mentoringprogramme Digitalisierungsthemen nähergebracht werden.

Digitaljobs: Mühsam ernährt sich die Eichhörnchin

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Digitalisierungsberufen in Deutschland waren Frauen



Werte: Jahresdurchschnitte
Digitalisierungsberufe: 97 Berufe der insgesamt 1.300 Berufe in Deutschland

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 17/23

Barbara Engels, Alexander Burstedde,
Axel Plünnecke: Der Digitalisierung fehlen die Frauen

iwkoeln.de/digitalisierungsberufe

Spielräume sind noch da

Staatsfinanzen. Seit Wochen ringen Bundesfinanzminister Christian Lindner und seine Ministerkollegen um den Bundeshaushalt. Finanziell hätte Deutschland durchaus Spielräume, um über Schulden essenzielle Investitionen zu tätigen. Dazu müsste sich die Politik aber von der restriktiven Umsetzung der Schuldenbremse lösen und sich stattdessen an den Maastricht-Kriterien orientieren.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien stockt, die Infrastruktur bröckelt zunehmend und die Wirtschaft muss dringend digitalisiert und transformiert werden – in Deutschland herrscht bereits seit geraumer Zeit ein ganz erheblicher Reformstau.

Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet für das Jahr 2023 mit einer Investitionsquote – also den Investitionen gemessen an den

gesamten Staatsausgaben – von 5,6 Prozent. Zum Vergleich: Vor der Coronapandemie lag der Wert bei 5,4 Prozent. Eine Investitionsoffensive sieht anders aus.

Grundsätzlich stellt sich beim Thema Investitionen immer zuerst die Frage nach der Finanzierung. Für die Bundesrepublik kann die Antwort darauf allerdings auf keinen Fall höhere Steuern und Abgaben lauten (Grafik):

Die Steuer- und Abgabenquote liegt bereits seit Jahren auf einem hohen Niveau, 2023 summieren sich die Steuern auf 24,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

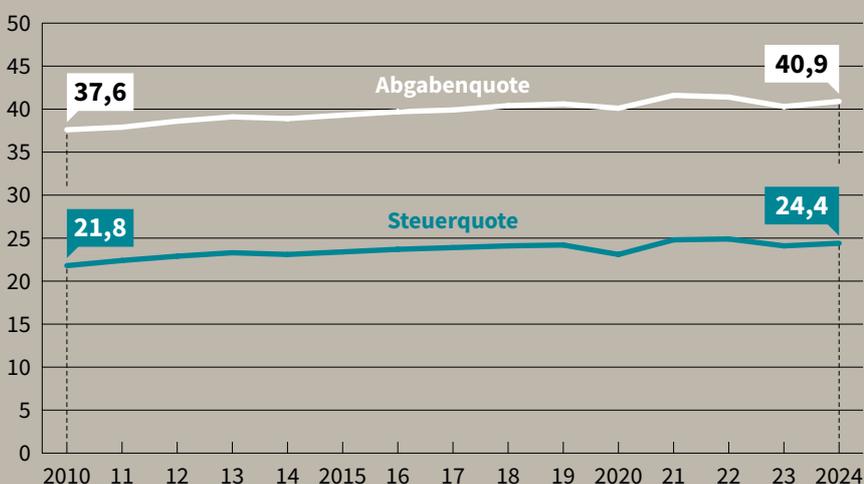
Die Bürger weiter zu belasten, würde zudem negative Auswirkungen auf viele andere Bereiche wie den privaten Konsum nach sich ziehen, weil Geld bekanntlich nicht doppelt ausgegeben werden kann.

Ein anderer Ansatz, um finanzielle Mittel für dringende Projekte freizumachen, könnte die Streichung von Subventionen sein. Denn die Subventionsquote, also der Anteil der Subventionen an den gesamten Staatsausgaben, liegt 2023 voraussichtlich bei 4 Prozent; vor Corona waren es gerade einmal 2 Prozent. Im Jahr 2022 beliefen sich die Subventionen auf 73 Milliarden Euro.

Darüber hinaus hat die Regierung die Möglichkeit, wichtige Impulse für das Land über Schulden zu finanzieren. Das große Problem: die restriktive Schuldenbremse. Dass dieses Instrument in seiner jetzigen Form auch aus Sicht der Politik Schwierigkeiten verursacht, zeigte sich nicht zuletzt darin, dass die Regierung mittlerweile diverse Sondervermögen geschaffen hat, um die Kriterien haushaltstechnisch formal einzuhalten. Bestes Beispiel dafür sind die

Steuer- und Abgabenquote: Seit Langem auf hohem Niveau

Steuereinnahmen beziehungsweise Abgaben in Deutschland in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Abgaben: Steuern und Sozialbeiträge
2023 und 2024: Prognose

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Instandsetzung der Bundeswehr. Die Opposition sprach nicht nur einmal von einem Schattenhaushalt – wobei sie selbst für diese Unterstützung gestimmt hat.

Eine flexiblere Schuldenbremse würde der Politik helfen, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können.

Um die ökonomischen Gegebenheiten und die Tragfähigkeit des deutschen Staatshaushalts einschätzen zu können, bietet sich im Vergleich zur Schuldenbremse eine andere Größe als Referenz deutlich besser an: die Schuldenstandsquote.

Hier zeigt sich mit Blick auf den Euroraum, dass Deutschland besser durch die Coronakrise gekommen ist als andere Staaten (Grafik):

Von 2018 bis 2021 stieg die Staatsverschuldung in Deutsch-

land von 61,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 68,6 Prozent. Für das Jahr 2023 rechnet das IW mit einer Quote von 65,4 Prozent.

In Frankreich ist die Schuldenstandsquote von 2018 bis 2021 um 15 Prozentpunkte auf 112,8 Prozent gestiegen. Spanien und Italien legten ebenfalls in dieser Größenordnung zu und standen 2021 bei 118,3 Prozent beziehungsweise bei rund 150 Prozent.

Der deutsche Staat ist finanziell folglich deutlich besser aufgestellt als die anderen großen Volkswirtschaften der Eurozone. Derzeit plant die Bundesregierung für das kommende Jahr mit einem Finanzierungsdefizit von etwa 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Maastricht-Kriterien erlauben eine Finanzierungslücke von bis zu 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Aufgrund des nominal wachsenden BIP wird die Schuldenstandsquote voraussichtlich unter die Marke von 65 Prozent fallen. Der Clou:

Deutschland könnte 80 Milliarden Euro mehr Schulden für 2024 aufnehmen, innerhalb der Maastricht-Vorgaben agieren und die Schuldenstandsquote würde nur minimal steigen.

Es gibt also noch erheblichen Spielraum für die Haushaltspolitik, wenn der Staat sich vom Korsett der Schuldenbremse löst. Es gilt aber nach wie vor: Schulden sollten nicht leichtfertig aufgenommen werden. Vielmehr muss die Politik im Blick haben, welche Investitionen dringend notwendig sind, um die Position des Wirtschaftsstandorts Deutschland wenigstens zu halten und im Optimalfall zu verbessern.

Schulden: Deutschland übersteht Corona gut

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Griechenland | 186,4 | 180,6 | 206,3 | 194,5 |
| Italien | 134,4 | 134,1 | 154,9 | 150,3 |
| Portugal | 121,5 | 116,6 | 134,9 | 125,5 |
| Spanien | 100,4 | 98,2 | 120,4 | 118,3 |
| Frankreich | 97,8 | 97,4 | 115,0 | 112,8 |
| Belgien | 99,9 | 97,6 | 112,0 | 109,2 |
| Zypern | 98,1 | 90,4 | 113,5 | 101,0 |
| Österreich | 74,1 | 70,6 | 82,9 | 82,3 |
| Slowenien | 70,3 | 65,4 | 79,6 | 74,5 |
| Finnland | 64,9 | 64,9 | 74,8 | 72,4 |
| Deutschland | 61,3 | 58,9 | 68,0 | 68,6 |
| Slowakei | 49,4 | 48,0 | 58,9 | 62,2 |
| Malta | 43,7 | 40,7 | 53,3 | 56,3 |
| Irland | 63,0 | 57,0 | 58,4 | 55,4 |
| Niederlande | 52,4 | 48,5 | 54,7 | 52,4 |
| Litauen | 33,7 | 35,8 | 46,3 | 43,7 |
| Lettland | 37,0 | 36,5 | 42,0 | 43,6 |
| Luxemburg | 20,9 | 22,4 | 24,5 | 24,5 |
| Estland | 8,2 | 8,5 | 18,5 | 17,6 |

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Israel. Als Benjamin Netanyahu Ende Dezember 2022 erneut als Ministerpräsident Israels antrat, war das Land wirtschaftlich solide aufgestellt. Sein Vorhaben, die Befugnisse des Parlaments auszuweiten, bringt nun weite Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft auf

Kampfpiloten, Ärzte, Mitarbeiter des Geheimdienstes Mossad, Busfahrer, Marinereservisten, Vertreter der Hightech-Industrie: Seit Wochen protestieren Hunderttausende Israelis von links bis rechtsliberal gegen die geplante Justizreform, die die Befugnisse des Parlaments massiv ausweiten würden. So sollen künftig Entscheidungen des obersten Gerichts mit einer einfachen Mehrheit kassiert werden können.

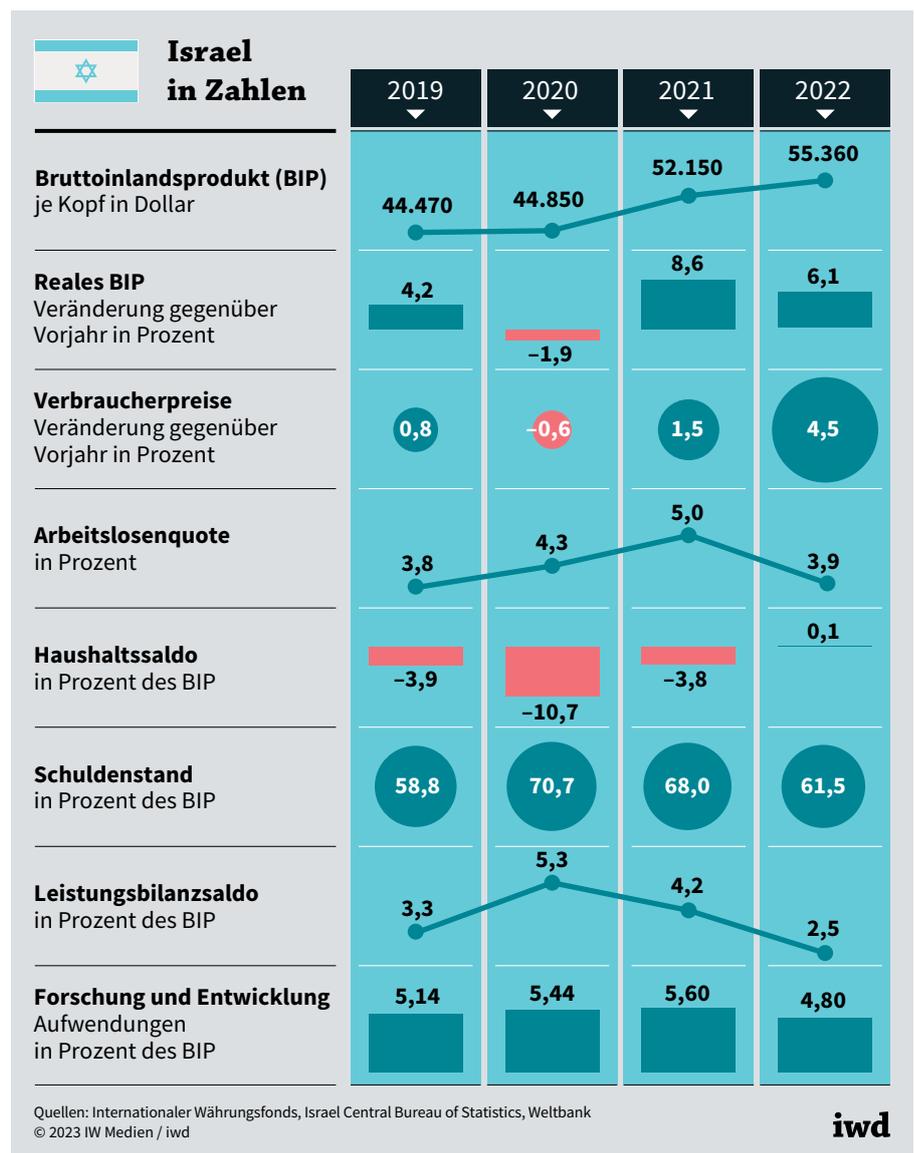
Auch der amerikanische Präsident Joe Biden hat die israelische Regierung wegen dieses Vorhabens kritisiert. Biden weigert sich hartnäckig, Ministerpräsident Benjamin Netanyahu nach Washington einzuladen – selbst jetzt noch, wo die rechts-religiöse Regierung in Israel verkündet hat, die Justizreform zu verschieben.

Das Vorhaben sei ein Angriff auf die Demokratie, sagen deren Kritiker. Manche sprechen sogar von einer Zerstörung des Obersten Gerichtshofs.

Auch wirtschaftliche Folgen werden prophezeit: So berichtete die Manufacturers Association of Israel, israelische Firmen erwägen, Produktionskapazitäten ins Ausland zu verlegen. Führende Wirtschaftsexperten warnten vor einem Vertrauensverlust ausländischer Investoren, vor Einbußen der Wirtschaftsleistung

und vor einem Braindrain – also einem Abwandern von israelischen High Potentials. Zudem berichteten

israelische Medien bereits über einen beginnenden Abfluss von Kapital ins Ausland.



Als Benjamin Netanjahu vor rund 100 Tagen wieder ins Amt kam – er ist bereits zum sechsten Mal israelischer Premierminister –, befand sich das Land in einer soliden ökonomischen Lage (Grafik Seite 14):

Im vergangenen Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt Israels um rund 6 Prozent.

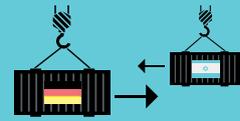
Das ist zwar etwas weniger als im Jahr 2021, als die Wirtschaftsleistung im Nach-Corona-Boom um fast 9 Prozent zulegte, doch angesichts der Krise in Europa ist das immer noch ein sehr respektable Wert. Die Arbeitslosenquote sowie die Staatsschulden sind 2022 gesunken.

Dabei tangiert der Ukraine-Krieg auch Israel, in Form gestiegener Weltmarktpreise für Rohstoffe etwa. Doch anders als viele andere Länder leidet Israel nicht unter einer Energiekrise: Die heimischen Erdgasvorkommen im Mittelmeer decken nicht nur den Eigenbedarf, sondern sind so reichlich, dass die EU Mitte 2022 eine Absichtserklärung mit Israel und Ägypten über Erdgaslieferungen geschlossen hat. So könnten in diesem Jahr bis zu zehn Milliarden Kubikmeter israelisches Erdgas, das in ägyptischen Anlagen verflüssigt wird, per Tankschiff nach Europa transportiert werden. Und das ist erst der Anfang – geplant ist eine Ausweitung der Liefermenge auf 30 Milliarden Kubikmeter.

Der Warenaustausch zwischen Israel und der Ukraine war schon vor Ausbruch des Kriegs überschaubar: Der Anteil der israelischen Ausfuhren in die Ukraine lag 2021 bei lediglich 0,3 Prozent aller Warenexporte, auf der Importseite machten ukrainische Einfuhren nur 0,2 Prozent aller

Deutsch-israelischer Warenhandel

in Milliarden Euro



| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|-----------------------|------|------|------|------|
| Einfuhren aus Israel | 2,2 | 2,2 | 2,4 | 2,70 |
| Ausfuhren nach Israel | 4,7 | 4,4 | 5,3 | 5,9 |

2022: vorläufige Angaben

Quelle: Germany Trade & Invest
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Warenimporte Israels aus. Schmerzlicher ist dagegen der Verlust der russischen und ukrainischen Touristen: Im Vor-Corona-Jahr 2019 stammten 8 Prozent der israelischen Gäste aus Russland und 3,7 Prozent aus der Ukraine.

Wesentlich intensiver ist der deutsch-israelische Handel. Zwar ist der Warenexport nach Deutschland für Israel kein besonders bedeutender Markt, doch die Importe aus Deutschland erreichten im Jahr 2022 einen Höchststand (Grafik):

Israel führte 2022 Waren aus Deutschland im Wert von rund 5,9 Milliarden Euro ein – so viel wie noch nie.

Damit war Deutschland nach den USA und China Israels drittwichtigster Warenlieferant. Zulegen konnten bei den deutschen Ausfuhren vor allem Maschinen und Ausrüstungen, Beförderungsmittel, Optik-, Mess- und Kontrolltechnik sowie Medizintechnik. Drittwichtigster Posten bei Israels Importen aus Deutschland sind Chemieprodukte, wobei das Plus 2022 weniger ausgeprägt war

als bei den zuvor genannten Warengruppen.

Die Hauptstärke der israelischen Wirtschaft ist nach wie vor der Hightech-Sektor, dem selbst die globalen Wirtschaftsprobleme 2022 nichts anhaben konnten. So stiegen die Exporte von israelischen Hightech-Dienstleistungen und -waren im Jahr 2022 um rund 11 Prozent. In die Hightech-Branche fließt auch mit rund 57 Prozent der Großteil der ausländischen Direktinvestitionen, deren Bestand im Jahr 2022 um 8,6 Milliarden Dollar (plus 3,8 Prozent) zulegen konnte. Die Investitionen in Start-ups dagegen gingen im zweiten Halbjahr 2022 zurück.

Vor der Justizkrise prognostizierte die israelische Zentralbank ein reales Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent für 2023; 2024 sollte die israelische Wirtschaftsleistung demnach sogar um 3,5 Prozent zulegen. Ob diese optimistischen Vorhersagen eintreffen, wird zu einem nicht unerheblichen Teil von den künftigen politischen Entwicklungen in Jerusalem abhängen.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

Patente haben Erfinder und Firmen aus aller Welt im Jahr 2022 beim Europäischen Patentamt (EPA) angemeldet – 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr und ein neuer Rekord. Die deutschen Patentanmeldungen auf europäischer Ebene sind dagegen um 4,7 Prozent auf knapp 25.000 zurückgegangen. Gleichwohl belegte Deutschland im Ranking auch 2022 den zweiten Platz – hinter den Vereinigten Staaten und vor Japan sowie China auf dem vierten Platz, das über 15 Prozent mehr Patente angemeldet hat als im Vorjahr.

Warum der Erfindergeist in Deutschland schwächelt, hat laut IW drei zentrale Gründe: **Erstens** nimmt die Zahl deutscher Erfinder aufgrund des demografischen Wandels ab. Tatsächlich konnten bis 2018 nur kluge Köpfe mit ausländischen Wurzeln einen Rückgang der Patentanmeldungen aus Deutschland verhindern. **Zweitens** fehlen Fachkräfte in den MINT-Disziplinen, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, die besonders viele Innovationen entwickeln. **Drittens** sind deutsche Erfinder traditionell im Maschinenbau und im klassischen Fahrzeugbau stark. Doch technologische Sprünge und Innovationen gab es zuletzt in der digitalen Elektrotechnik – hier droht Deutschland zumindest teilweise den Anschluss zu verlieren.

Max-Weber-Preis verliehen

„Wirtschaftsethik hilft uns, die Leitplanken zu finden, in denen sich unsere Wirtschaft bewegt“ – davon ist Hendrik Wüst überzeugt. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hielt die Festrede zur 15. Verleihung des Max-Weber-Preises für Wirtschaftsethik in Berlin. Gestiftet hat den Preis der mittlerweile verstorbene Unternehmer Klaus Tesch; verliehen wird er vom Institut der deutschen Wirtschaft für herausragende wissenschaftliche Arbeiten zu aktuellen Wirtschafts- und Gesellschaftsthemen.

In diesem Jahr erhielt der Ökonom Tim-Philipp Bruns den Hauptpreis für seine Dissertation zum Thema Verteilungsgerechtigkeit. Bruns geht in seiner Doktorarbeit der Frage nach, in welchem Verhältnis beobachtete Verteilungspferenzen mit dem Konzept ökonomischer Rationalität stehen. Sebastian Panreck bekam den Master-Förderpreis für seine Abschlussarbeit mit dem Titel „Einstellung zur Marktallokation. Eine ökonomische Analyse am Beispiel Indigener in Bolivien“. Die Bachelor-Studienpreise gingen an Michéle Anne Reuter, Alice Sidorenko und Maximilian Ray Winkin.



Foto: IW

Festredner und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, IW-Wissenschaftlerin Julia Wildner, die Preisträger Tim-Philipp Bruns, Sebastian Panreck, Maximilian Ray Winkin, Alice Sidorenko und Michéle Anne Reuter sowie die Laudatoren Gerhard Minnameier von der Goethe-Universität Frankfurt und IW-Direktor Michael Hüther